

Leuthard versteht Basels Sorgen

Bundesrätin Doris Leuthard bebrachte die Sonderstellung von Basel in Sachen Verkehr. Und lobte die Region für ihre Energiepolitik.

Von Julia Gohl

Doris Leuthard beneidet die Basler Regierung nicht. Das sagte die Bundesrätin ganz klar bei ihrem Besuch im Gare du Nord am 27. Juni. Denn wie die Basler die im 2010 angenommene Initiative umsetzen wollen, die die Reduktion des Autoverkehrs bis 2020 um zehn Prozent verlangt, sei ihr ein Rätsel.

50 Prozent ist Freizeitverkehr

Als Vorsteherin des eidgenössischen Departaments für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), musste sie nämlich immer wie der feststellen, dass Menschen nicht so einfach auf die Mobilfiktiv verzichten. «50 Prozent der Strecken legen Schweizer in ihrer Freizeit zurück», erklärte Doris Leuthard. «Dass man das reduzieren kann, bezweifle ich.»

Wie viel den Schweizerinnen und Schweizern ihre Mobilität bedeutet, muss die CVP-Bundesrätin täglich erfahren. Denn alle wollen ausbauen, sei es in Sachen Individual- oder doch eher öffentlicher Verkehr. Die Finanzen des Bundes sind aber begrenzt und so muss das UVEK die Kantone immer wieder verrostern, wie Leuthard ausführte.

Auch Basel macht dem Bund das Leben schwer: Eine Umräumung der Osttangente würde ein ziemliches Loch ins Verkehrsbudget reissen (siehe Kasten rechts).



Verkehrsprobleme. Bei neuen Bahn- und Strassenprojekten komme die Region Basel im Vergleich zu anderen Regionen gut weg, erklärte Bundesrätin Doris Leuthard bei einem Besuch im Kleinbasel.

Die Region Basel komme im Vergleich zu anderen Regionen bei Bahn- und Autoprojekten aber gut weg, unterstrich Doris Leuthard.

390 Millionen bis 2025

«Uns ist bewusst, dass Basel wegen seiner internationalen Lage und den mehrkantonalen Strukturen gegenüber anderen Kantonen wie zum Beispiel Zürich einen Mehraufwand hat.»

Bedingungen wie diese muss die Bundesrätin beachten. Denn die

Entscheidungen müssen begründbar sein. «Ich muss den gesamtschweizerischen Blickwinkel haben», hielt Doris Leuthard fest. Ganze 390 Millionen Franken soll die Region Basel den Bund bis 2025 kosten – nur in Lausanne werde noch mehr in den öffentlichen Verkehr investiert.

Als das Bundesamt für Strassen (Astra) anfangt, den Ausbau des A2-Abschnitt zwischen dem Schwarzwaldbühel und dem Gelterdreieck, der Osttangente, zu planen, sei es von einer oberirdischen Lösung ausgegangen, betonte Bundesrätin Doris Leuthard am 27. Juni.

Kanton muss mitzahlen

Als Basel dann plötzlich eine Umräumung forderte, musste das Astra nochmal über die Bücher. Nun kam das Amt zum Schluss, dass eine unterirdische Lösung zwar möglich wäre – verbunden mit erheblichen städtebaulichen Eingriffen und Mehrkosten.

Von einer Milliarde für die oberirdische und rund dem doppelten Betrag für die unterirdische Lösung war die Rede. «Eventuell muss der Kanton Basel-Stadt einen

Die Bahnausbau-schritte hat das UVEK schon bis 2050 geplant. In einer ersten Ausbaustranche soll unter anderem das Angebot an Regionalzügen von Basel nach Gelterkinden erhöht werden.

Für den Individualverkehr steht dem Kanton Basel-Stadt ein Infrastrukturfonds mit einem Budget von 5,5 Milliarden Franken zur Verfügung. Das klingt erst einmal nach viel Geld. «Aber die Wünsche der Kantone verlangen nach einem Zehnfachen der Mittel», erklärte Bundesrätin Doris Leuthard. Deshalb werde erst einmal nur das Nötigste gemacht.

Basel in Energiefragen Vorbild

Die CVP-Bundesrätin sprach bei ihrem Besuch im Kleinbasel aber nicht bloss über den Verkehr. Auch das Thema Energie fand Beachtung, schliesslich gilt Doris Leuthard als treibende Kraft hinter dem Entscheid der Schweiz, aus der Atomkraft auszusteigen.

Das seien ambizioses Ziel, aber es sei durchaus zu erreichen, ist die Vorsteherin des UVEK überzeugt. «Aber nur wenn alle mitmachen.» Die Bevölkerung müsse mit höheren Strompreisen rechnen und bereit sein, Energie zu sparen. Und sei diesbezüglich vorbildlich. «Die Region Basel ist eine der wenigen Regionen mit starkem Industriestandort, die es geschafft hat, den Energiekonsum zu stabilisieren», wand Leuthard der Region ein Kränzchen.

Osttangente-Tunnel möglich

Teil der Mehrkosten tragen, wenn ihm die Umräumung so wichtig ist», sagte Doris Leuthard. Sie könne das Anliegen zwar verstehen, aber «wir müssen allen Regionen gerecht werden und den Lärmschutz in einem vernünftigen Ausmass realisieren. Alle Städte wünschen sich Umräumungen.»

Grundlagen bis Ende Jahr

Vor ihrer Rede im Gare du Nord unterhielt sich die CVP-Politikerin mit Vertretern der Anwohnerschaft der lärmgeplagten Quartiere. «Es war gut, diese Sorgen aus erster Hand zu hören», sagte sie. Ob diese Sorgen eines Tages der Vergangenheit angehören, wird sich noch zeigen: Bis Ende Jahr sollen die technischen und finanziellen Entscheidungsgrundlagen vorliegen.



Gruppenbild mit Dame. Auch Grossratspräsident Markus Lehmann (Mitte) wird Regierungsrat Carlo Comi Fentzen sich über den Besuch von Bundesrätin Doris Leuthard.